

Klaus Hänsch

Die deutsche Frage und Europa*

Die deutsche Frage ist eine europäische Frage. Das ist eine banale Erkenntnis. Weniger banal ist allerdings die Konsequenz, die daraus zu ziehen ist: Die deutsche Frage wird nicht nur von uns gestellt, sie wird auch an uns gestellt. Viele Deutsche hielten und halten die staatliche Einheit Deutschlands für die deutsche Frage. Für viele Europäer, im Osten wie im Westen, war und ist das Verhalten der Deutschen in der Mitte Europas die eigentliche deutsche Frage. Es war Hybris und Verhängnis der deutschen Politik, diesen Unterschied immer wieder übersehen, vergessen und verdrängt zu haben.

Daß die deutsche Frage immer eine europäische war, ergibt sich aus Anspruch und Macht der Deutschen. Ihr Anspruch manifestierte sich in der Universalreichsidee des frühen und hohen Mittelalters. Ihre Macht wurde bestimmt durch Mittellage und Volksmasse. Der Anspruch ist längst verfallen. Auch das zweite Reich hatte ihn so nicht mehr. Geblieben ist die Frage nach dem Gewicht, mit dem die in einer staatlichen Einheit zusammengefaßten 80 Millionen Deutschen aufgewogen werden können, nach der Spannung zwischen deutscher Einheit und europäischem Gleichgewicht.

Wer glaubt, die deutsche Frage sei auf das Endziel zur staatlichen Vereinigung aller Deutschen hin offen gewesen und geblieben, denkt unhistorisch. Es gehört nicht viel intellektuelle Anstrengung dazu, in der Geschichte Deutschlands durch die Jahrhunderte auch eine Geschichte der Abspaltungen und Teilungen zu sehen, eine Geschichte der Freiheitskämpfe und Sezessionskriege, von der Lösung der Eidgenossen vom Reich bis zum Unabhängigkeitskampf der Niederländer, eine Geschichte der religiösen Spaltungen mit Reformation und Gegenreformation, eine Geschichte nichtvölkischer ungenauer und wechselnder Grenzziehungen im Osten wie im Westen, im Norden und sogar im Süden, schließlich die Geschichte des preußisch-österreichischen Dualismus, der nicht durch Einigung, sondern durch Ausgrenzung gelöst wurde.

Die Spannung zwischen deutscher Einheit und europäischem Gleichgewicht war auch mit dem kleindeutschen Reich nicht gelöst. Die Furcht vor der Gefährdung des innereuropäischen Gleichgewichts durch ein einiges Deutschland ist älter als die Herausforderung durch Hitler. Bismarck konnte mit »zynisch-sensibler, manchmal genialer Diplomatie« (Willy Brandt) das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarn und die deutschen nationalen Ambitionen eine Zeit lang ausbalancieren. Nach seinem Abschied, vielleicht schon vorher, zerbrach diese allzu fragile Konstruktion. Die Zeit des »zweiten Reiches« währte weniger als ein Zehntel der tausendjährigen staatlichen Geschichte der Deutschen in Europa. Die Teilung dessen, was vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht zu Unrecht als »Rest-Deutschland« bezeichnet wurde, ist, historisch betrachtet, kein unerhörter Vorgang außerhalb des Gangs der deutschen und der europäischen Geschichte.

* Beitrag anlässlich der Tagung »Brauchen wir eine neue deutsche Identität?« im Mai 1985 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg.

Die Frage nach der staatlichen Zukunft der Deutschen in der Mitte Europas stellen heißt, die Antwort in ihrem politischen Verhalten in der Vergangenheit suchen. Dabei begegnet uns die Frage der Europäer nach unserem politischen Selbstverständnis, nach unserer Identität. »Wer hat die Deutschen zu Richtern über die Völker gesetzt? Wer hat diesen rohen und brutalen Leuten das Recht gegeben, nach ihrem Belieben einen Fürsten über die Häupter der Menschenkinder zu setzen?« fragte John von Salisbury, Sekretär des Erzbischofs von Canterbury. Das war um 1180. Seitdem ist diese Frage immer neu gestellt worden, vielfältig variiert, aber im Kern immer gleich. Es ist die Frage nach der politischen Zivilisation der Deutschen.

Welche Rolle spielen Rationalität und Irrationalität, Selbstüberschätzung und Unterwürfigkeit, technologische Fortschrittlichkeit und romantische Träumerei in der deutschen Politik? Ich weiß, daß diese Frage auch in der Geschichte der anderen europäischen Völker eine Rolle gespielt hat. Ich mache auch den unsinnigen Versuch nicht mit, der in den ersten Nachkriegsjahren vor allem in Westeuropa unternommen wurde, eine Kausalkette von Luther über Friedrich den Großen, Bismarck, Wilhelm II. zu Hitler und den nationalsozialistischen Verbrechen zu ziehen. Selbstverständlich sind Idealismus und Mordlust, der Wille zu nationaler Selbstbehauptung und hegemonial-imperialistisches Expansionsstreben, moderne ökonomisch-technische Entwicklungen und überalterte gesellschaftliche Strukturen auch anderswo in Europa brisante und schlimme Mischungen eingegangen. So wenig es einen klar vorgezeichneten, unabänderlichen deutschen Sonderweg zu Hitler und in den zweiten Weltkrieg gab, so sicher war die Barbarei des Nationalsozialismus, dieser ungezügelter Ausbruch von Irrationalismus, von idealistischer Schwärmerei und Inhumanität, von kleinbürgerlich mißverständener Romantik und mißbrauchter moderner Technologie ein deutsches Gebraü, das eben nicht in Frankreich oder Großbritannien, Dänemark oder Belgien, nicht einmal in Italien angerührt wurde. Und weil es anderswo in Europa vielleicht hätte dazu kommen können, in Deutschland aber dazu gekommen ist, deswegen ist die deutsche Frage — die Frage der Europäer an die Deutschen — noch immer nicht abschließend beantwortet. Sie wird jedem Deutschen, gleich welchen Alters gestellt, und jeder Deutsche hat sich ihr zu stellen — in Israel, aber nicht nur dort.

Die Antwort auf die deutsche Frage, wie wir sie im 19. Jahrhundert gestellt haben, ist uns dagegen in den letzten vierzig Jahren mehrfach gegeben worden. Mit diesen Antworten geht es manchem der Jüngeren wie vielen der Väter und Großväter mit der Verarbeitung des Hitler-Faschismus: So wie die Älteren häufig nicht wahrhaben wollten, was zwischen 1933 und 1945 geschehen war, so wollen manche der Jüngeren nicht wahrhaben, daß die deutsche Geschichte in Europa nicht 1945 oder 1949 stehengeblieben ist. So wie damals viele glaubten, nichts gewußt zu haben, müsse davon befreien, die Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen mittragen zu müssen, so meinen heute manche, Ignoranz der historischen Fakten mache Geschichte ungeschehen. Die Verarbeitung des Faschismus endet aber nicht mit dem Eingeständnis einer historischen Schuld, mit erhöhter Wachsamkeit gegenüber neofaschistischen Parolen von rechts und der Denunziation neofaschistischer Umtriebe im eigenen Volk und bei anderen. Sie schließt die Erkenntnis ein, daß die Nachkriegsgeschichte ein legitimes Kind der deutschen Vorkriegsgeschichte ist und nicht bloß der zwölf Jahre des Hitler-Faschismus.

Die Vergangenheit hat bewältigt, wer die Gegenwart so akzeptiert, wie sie aus ihr geworden ist. Das Bild dieser Gegenwart wird durch drei Grundirrtümer der deutschen Politik überdeckt. Jeder dieser Irrtümer reichte aus, als Lebenslüge der deutschen Nachkriegspolitik be-

zeichnet zu werden. Befangen in ihnen sind keineswegs die gegenwärtige Bundesregierung, die Rechtsparteien und ihre Verbündeten allein. Zeit- und teilweise waren ihnen fast alle politischen Kräfte und Gruppierungen verfallen.

Deutschland wurde besiegt.

Der erste Grundirrtum offenbarte sich in diesem Frühjahr. Er lautet: Der 8. Mai 1945 war der Tag des Neubeginns, ja, der Befreiung. Wer aus seinem individuellen Erleben berechtigt glaubt, daß die Alliierten 1945 als Befreier nach Deutschland gekommen seien, macht sich dennoch etwas vor. Sie kamen als Sieger. Sie wollten die Franzosen, die Belgier und Holländer, die Dänen und Ungarn, die Polen und Tschechen vom deutschen Joch befreien. Sie befreiten die Menschen in den Konzentrationslagern. Deutschland und die Deutschen wollten sie nicht befreien, sondern besiegen. Dazu hatten sie allen Grund. Hitler, Göring, Goebbels sind ja schließlich nicht allein in Paris und Antwerpen einmarschiert, haben nicht allein Narvik und Kreta erobert, standen nicht allein vor Moskau und in Stalingrad. Das Opfer von 30 Millionen Toten, nur um ein anderes Volk von einer kleinen Verbrecherclique zu befreien? Wer heute den Tag der Niederlage hinter einem Tag der Befreiung versteckt, der verstellt sich den Blick auf das, was 1945 wirklich geschehen ist: Die Sieger haben nicht nur den Hitler-Faschismus in Deutschland ausgelöscht, sondern auch das Deutsche Reich.

Zu der sich hartnäckig haltenden Illusion, die Alliierten im Osten wie im Westen hätten 1945 etwas anderes beabsichtigen können, als die Niederlage und die Zerstörung des Reichs herbeizuführen, gehört die Legende über die Konferenz von Jalta: Der schwerkranke, leider etwas naive Roosevelt habe sich, so heißt es, von einem raffiniert klar denkenden Stalin um den Finger wickeln lassen und so die Einheit Europas und Deutschlands, ja sogar den Frieden, verspielt. In Wahrheit hatten die politischen Perspektiven beider Staatsmänner sehr wenig mit der Zukunft Deutschlands oder der Deutschen, aber sehr viel mit ihren eigenen amerikanischen bzw. sowjetischen Interessen zu tun. Warum hätten sie auch am Ende eines Krieges, der die Welt veränderte, Europa mit europäischen oder gar deutschen Augen betrachten sollen? Der eine hatte die militärisch-ideologische Sicherheit seines Landes im Auge, der andere die ökonomisch-marktpolitische Dominanz des seinen. Worauf sie sich einigen konnten, waren erstens Einflußzonen, die die spätere Teilung Europas vorzeichneten, und zweitens die Westverlagerung Polens, indem die Westmächte der Annektion Ostpolens durch die Sowjetunion und der Entschädigung Polens durch ostdeutsche Gebiete ihre Zustimmung gaben. Dem hat übrigens auch das Frankreich de Gaulles — trotz aller Kritik an Jalta — ausdrücklich zugestimmt. Die Verkleinerung Deutschlands um fast ein Viertel seines Staatsgebiets: Das war die erste Antwort auf die deutsche Frage nach 1945. Sie wurde nicht von Befreier, sondern von Siegern gegeben.

Das hatte eine damals schon vorhergesehene und gewollte Folge für die künftige Position Deutschlands in Europa. Die deutschen Ostgebiete sollten Polen nicht nur für die an die Sowjetunion verlorenen Gebiete entschädigen, sondern auch das deutsch-polnische Verhältnis mit deutschen Gebietsansprüchen belasten. Das polnische Wechselspiel zwischen Deutschland und Rußland wäre damit ein für allemal beendet, die Sowjetunion würde der einzig denkbare Garant für die neuen polnischen Westgebiete werden und Polen wäre, gleichgültig unter welchem Regime, für immer an die Sowjetunion gebunden.

Darum treibt das Spiel Stalins, wer heute noch »Schlesien bleibt unser« sagt. Wer behauptet,

»Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa der freien Völker«, tut alles, daß die Polen ein solches Europa der freien Völker nicht wünschen können. Er schafft nicht neuen Spielraum für ein freieres Polen, sondern treibt es immer wieder neu in die Arme des östlichen Nachbarn. Es gibt im Westen Europas niemanden, keinen Staatsmann, keinen Politiker, keine politische Kraft, die uns bei einer solchen Politik unterstützen würde. Schlesien, Pommern, Ostpreußen: Das war über viele Jahrhunderte deutsches Land. Es war nicht polnischer als die Pfalz französisch oder Tirol italienisch. Ich halte daran fest, daß ich in Sprottau, nicht in Sprottawa, in Deutschland, nicht in Polen geboren wurde. Heute aber ist dieses Land polnisch, Heimat bereits für die dritte Generation. Es wurde uns weggenommen nach der Niederlage in einem Krieg, den Deutschland als Eroberungskrieg begonnen hatte.

Die Nachkriegspolitik ist zu Ende.

Als zweiter Fundamentalirrtum der deutschen Nachkriegspolitik hat sich herausgestellt: Moskau hat die Teilung Deutschlands verursacht, also liegt der Schlüssel zur deutschen Einheit in Moskau. Das verschafft uns einen Schuldigen und bewahrt uns vor eigenen Anstrengungen. Damit verschleiern wir, daß die Teilung Deutschlands 1947/50 nicht bloß eine Frage des Konflikts zwischen Ost und West und des Kalten Krieges war, sondern auch die Folge einer von den Deutschen selbst getroffenen oder zumindest akzeptierten Entscheidung. Wir haben bürgerlicher Freiheit und westlicher Lebensweise den Vorrang gegeben vor der staatlichen Einheit Deutschlands. Das war nicht allein, wie es manche heute glauben machen wollen, die Entscheidung Adenauers. Das war die Politik aller politischen Kräfte in Deutschland mit Ausnahme der KPD. Vielleicht hätte Stalin bis 1947 (möglicherweise bis 1952) ein vereinigtes, von ihm nicht direkt kontrolliertes Deutschland zugelassen (natürlich ohne Pommern, Schlesien und Ostpreußen), wenn er damit zunächst die Reparationen aus den Westzonen sichern und danach die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis hätte verhindern können. Die Probe aufs Exempel ist nie gemacht worden. Und daß er es zugelassen hätte, heißt nicht, daß er es gewollt hat. Die Westmächte dagegen haben später vielleicht ein wiedervereinigtes Deutschland gewollt, aber es zunächst nicht zugelassen. Frankreich hatte noch 1947 seine Politik der extremen Föderalisierung, d.h. der Zerstückelung Deutschlands, nicht aufgegeben. Und die Amerikaner gaben seit 1946 der Sicherung des Erreichten den Vorrang vor der Erweiterung ihres Einflußbereiches.

Historisch gesehen hat es im Westen Deutschlands zwei Ansätze gegeben, der Entscheidung zwischen Einheit und Freiheit zu entgehen, bzw. die Einheit zu gewinnen, ohne die Freiheit aufzugeben: Auf der einen Seite Adenauers und der bürgerlichen Mehrheit Politik der Stärke durch die gesellschaftspolitische, ökonomische und militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen. Auf der anderen Seite die Politik der SPD, einer militärischen, möglicherweise ökonomischen, aber nicht gesellschaftspolitischen Neutralitätsbereitschaft.

Adenauer versprach die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Sicherheit als logische Folge einer Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis. Er hoffte, durch die Politik der Stärke nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Spaltung aufheben, also den in Jalta begonnenen Prozeß revidieren zu können. 1952 sagte er: »Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man auf der einen Seite Deutschland die Furcht nehmen müssen, die es hat. Dann wird man auch Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es nicht so geht, daß es un-

möglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung, die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen.«

Nach dem 17. Juni 1953 in der DDR und im Oktober 1956 in Ungarn, nach dem 13. August 1961 in Berlin und dem 21. August 1968 in Prag, nach dem »Aufwuchs« hunderter von atomaren Mittelstreckenwaffen im Osten und im Westen Europas wird man sagen können: Dieses Konzept ist gescheitert. Vermutlich war die Politik der Stärke mit dem Ziel des »roll back« des sowjetischen Einflußbereiches in Europa immer eine Illusion. Was ihren Teilaspekt »Wiedervereinigung durch Westintegration« anlangt, war sie wohl von Anfang an Volksbetrug. In jedem Fall ist sie bei keinem unserer europäischen Partner jemals als Instrument zur Wiederherstellung eines unabhängigen deutschen Staates in der Mitte Europas verstanden worden.

Die Sozialdemokraten haben damals getan, was sie für ihre patriotische Pflicht halten mußten: Sie haben immer wieder den Preis dafür zu erkunden versucht, der an die Siegermacht im Osten für die Einheit Deutschlands in Freiheit zu zahlen wäre: an militärischer, an außenpolitischer und an ökonomischer Souveränitätsbegrenzung, an äußerer Sicherheit und innerer Stabilität. Spätestens mit dem Scheitern des Deutschlandplans 1959 haben wir erfahren müssen, daß die Einheit in Freiheit zu keinem Preis mehr zu haben war. Willy Brandt hat vor einigen Monaten in München berichtet, wie ihm vor gut 25 Jahren der amerikanische Außenminister Dulles in Washington erklärt habe, daß die Ausgliederung der beiden Deutschland aus den Paktsystemen — ihre Neutralisierung — eine destabilisierende, gefährliche Illusion sei, und Willy Brandt hat hinzugefügt: »Kein führender Mann in der Sowjetunion hat mir das Gegenteil gesagt.«

Wir Sozialdemokraten haben die Konsequenzen daraus gezogen. Das wird uns als Verzichtspolitik vorgeworfen. Es ist heute fast so banal, daß man sich kaum traut, es noch einmal zu erwähnen: Man kann nicht auf etwas verzichten, was man nicht hat. Weil es nicht um Befreiung, sondern um Sieg oder Niederlage, nicht um die Deutschen und ihre Wünsche, sondern um die Perspektiven der Sieger ging, haben und hatten die Deutschen nach 1945 weder die Ostgebiete, noch die staatliche Einheit, auf die sie verzichten konnten. Wir kennen die Vorbehalte bezüglich Deutschlands als Ganzem in den Verträgen mit den Alliierten. Wir kennen den Spruch des Verfassungsgerichts, das Grundgesetz, die Briefe zur deutschen Einheit. Es geht nicht darum, sie zu zerreißen. Wer aber diese Rechtspositionen zur Grundlage neuer deutscher Hoffnungen macht, der hängt nicht einer Utopie an, sondern jagt einer Illusion nach. Er verwechselt — um ein berühmtes Zitat aufzunehmen — die Weltgeschichte mit dem Amtsgericht.

Die Geschichte der deutschen Teilung nach 1945 zeigt jedenfalls, daß die Schlüssel zur deutschen Einheit nicht bloß in Moskau, sondern auch in Paris und Washington lagen. Aus europäischer Sicht ist es unhistorisch zu glauben, man könne Moskau durch Druck oder durch Konzessionen, durch Aufrüstung oder Entmilitarisierung, durch Westbindung oder durch Neutralisierung Westdeutschlands dazu bewegen, den Schlüssel zur staatlichen Einheit Deutschlands wieder hervorzuholen. Er wäre auch in Paris, in London oder Washington wieder anzufordern. Wir bekämen ihn aber weder von hier noch von dort in die Hände, denn wir leben noch in einem dritten Selbstbetrug befangen.

Die deutsche Vergangenheit ist nicht die europäische Zukunft.

Das ist der dritte Fundamentalirrtum der westdeutschen Nachkriegspolitik. Er baut darauf, daß die Vergangenheit auch die Zukunft sei. Das Schlesiermotto drückt unverblümt aus, was beim Gebrauch des Wortes »Wieder«-Vereinigung meist nicht bemerkt wird: Der Wunsch nach der Wiederherstellung eines Zustands in Deutschland und in Europa, der dem von — sagen wir — 1925 ähnlicher ist als der heutige. Für unsere Nachbarn, für die im Osten wie für die im Westen, hat aber die deutsche Vergangenheit absolut nichts Verlockendes, nicht nur wegen Hitler. Im September vergangenen Jahres ist es »dem Herrn Andreotti halt passiert, daß er etwas deutlicher formulierte, was alle denken« (Bruno Kreisky): Die Wiedervereinigung sei »nicht wünschenswert«, sagt er. Es »müssen zwei deutsche Staaten bleiben«. Wer Jalta verändern wolle, bedrohe »den Frieden in Europa«.

Diese — vielleicht spontane — Äußerung ist glaubwürdiger als alle nachgeschobenen, kalkulierten Interpretationen. Damit bestätigt ein italienischer Christdemokrat als Außenminister, was der französische Sozialist François Mitterrand schon als Oppositionspolitiker geäußert hat: Die Wiedervereinigung sei »weder wünschenswert noch möglich«, und was er als Staatschef im Juni 1984 während seines Besuchs in Moskau in seiner Antwort auf eine Kritik Tschernenkos an angeblichen deutschen Bestrebungen, den territorial-politischen Status Nachkriegseuropas zu verändern, noch einmal bekräftigt hat: »Wir werden die Geschichte nicht vergessen. Sie haben ja im übrigen in einer Rede selbst daran erinnert, daß Sie ein Frankreich sehen möchten, daß treu zu seinen Verpflichtungen steht, die es nicht nur vor 60, sondern auch vor 40 Jahren am Ende des Weltkrieges auf sich genommen hat. Ich kann Ihnen versichern, daß Frankreich unter diesem Gesichtspunkt ein und dasselbe Land geblieben ist.« Nichts anderes sagt im Grunde die als Hilfestellung für die Bundesregierung im Streit mit Andreotti gedachte Bemerkung des britischen Außenministers Howe, daß »eine reale und dauerhafte Stabilität in Europa sehr schwierig zu erreichen (ist), solange die deutsche Nation gegen ihren Willen geteilt ist.« Wer genau hinhört, wird bemerken, daß nach Howe nicht die Teilung Deutschlands, sondern der tatsächliche oder angenommene Wille der Deutschen, sie zu überwinden, einer dauerhaften Stabilität in Europa entgegensteht.

Schließlich bringt die »International Herald Tribune« die Meinung vieler — fast aller — bedeutender amerikanischer Zeitungen auf den Punkt, wenn sie am 16. August vergangenen Jahres schreibt: »Die Deutschen haben 1945 auf unabsehbare Zeit einen Teil ihrer nationalen Autonomie verloren. Das gilt sowohl hinsichtlich der westlichen Alliierten, wie Moskaus, Warschaws und Prags... Es gibt in Westeuropa keine Revisionisten. Auch in den USA nicht. Es gibt ganz gewiß keine in Moskau. Das ist die Realität, der sowohl die Ost- als auch die Westdeutschen ins Auge sehen müssen.«

Die Deutschen in Ost und West haben nicht nur einen Teil ihrer nationalen Autonomie verloren. Aus der Einbindung der DDR in den Warschauer Pakt und den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Bundesrepublik Deutschland in die Atlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft sind neue Verbindungen, dauerhafte Bindungen und damit europäische Verpflichtungen entstanden, die grundlegend verschieden sind von denen zwischen Deutschland und den europäischen Staaten der Vorkriegszeit. Wer den Frieden in Europa nicht stören will, muß das erkennen und anerkennen.

Die europäische Nachkriegsgeschichte hat nicht nur das historische und politische Bewußtsein in beiden deutschen Staaten mit unterschiedlichen Akzenten versehen (man lese dazu Günter Gaus: »Wo Deutschland liegt«). Sie hat in Europa auch ein neues Macht- und Einfluß-

geflecht entstehen lassen. Das Deutsche Reich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts war für die Staaten in Mittel- und Südosteuropa vielleicht der dominierende Partner. In jedem Fall aber war es der wichtigste Partner für alle Staaten in Europa. Heute ist jeweils ein deutscher Teilstaat nach der jeweiligen Führungsmacht der wichtigste Partner — der eine für Osteuropa, der andere für Westeuropa. Dies gilt nicht nur in militärischer, sondern vor allem in ökonomischer Hinsicht. Seit mehr als 30 Jahren verkauft die Bundesrepublik rund die Hälfte ihres Exports in Westeuropa, genauer: in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Dagegen nur rund 5 Prozent nach Osteuropa und in die Sowjetunion, etwa 1,5 Prozent in die DDR. Für die DDR gilt Entsprechendes in Osteuropa. Das Verhältnis mag nicht ganz so dramatisch sein, ist aber im Kern nicht anders. Seit mehr als 30 Jahren orientieren sich Dienstleistungsverkehr und Kapitalverkehr, Freundschaften und Heiraten nicht Ost-West, sondern West-West und Ost-Ost. Der Anteil der Exporte der Bundesrepublik Deutschland in die EG-Staaten ist von 1958 bis 1982 von 35,4 Prozent auf 48,1 Prozent gestiegen, der des Imports aus der EG von 33,6 Prozent auf 49,1 Prozent. Die Einbindung des jeweiligen deutschen Teilstaats ist konstitutiv geworden für die Stabilität nicht nur des jeweiligen Bündnisses insgesamt, sondern auch für die ökonomische und gesellschaftliche Stabilität jedes einzelnen Partners.

Wir übersehen häufig die europäische Komponente unserer eigenen Europapolitik. Das hängt damit zusammen, daß sie zu lange eine Ersatzhandlung für nationale Politik war. Für viele ist sie es im Grunde heute noch. Die europäische Einigung schien vieles zu erlauben, das national verboten war. Folgerichtig mißverstehen manche die Einigung Westeuropas immer noch als die Fortsetzung der Reichseinigung mit europäischen Mitteln. Aus der Politik der Integration in den Westen ist uns ein Fundamentalirrtum in die achtziger Jahre überkommen: Die Einigung ganz Europas sei die Voraussetzung für die Einheit Deutschlands. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Die Anerkennung der Spaltung Deutschlands ist die Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung Europas.

Die europäische Einigung ist mehr als ein Ersatz für die nationale Politik

Tatsächlich ist auch die Europäische Gemeinschaft eine westeuropäische Antwort auf die deutsche Frage. Die Gemeinschaftsbildung im Westeuropa der fünfziger Jahre hatte vier Motive. Sie sollte erstens einen Krieg zwischen den westeuropäischen Völkern für alle Zeiten unmöglich machen. Sie sollte zweitens die Eigenständigkeit der europäischen Völker zwischen dem sowjetischen Imperialismus und dem amerikanischen Hegemonialismus bewahren (das war vor allem in Frankreich populär). Sie sollte drittens der Bedrohung aus dem Osten geschlossenen Widerstand entgegensetzen. Und sie sollte viertens das im Zuge des Ost-West-Konflikts wieder erstarkende deutsche militärische und ökonomische Potential fest einbinden.

Wenn die Europäische Gemeinschaft heute nicht das ist, was sie sein könnte und sein mußte, hängt das damit zusammen, daß diese Motive verblaßt sind. Daß die westeuropäischen Völker gegeneinander zu den Waffen greifen könnten, ist inzwischen so unvorstellbar, daß es einer supranationalen Organisation zwischen ihnen nicht mehr zu bedürfen scheint. Das Motiv der Unabhängigkeit Europas, das in der Bundesrepublik und in Großbritannien ohnehin keine nennenswerte Anhängerschaft hatte, wurde zwischen den Blöcken im Kalten Krieg zerrieben. Die Sowjetunion wird kaum noch als unmittelbare Bedrohung empfunden, jeden-

falls viel weniger als Anfang der fünfziger Jahre unmittelbar nach der Sowjetisierung Polens und Ungarns, Bulgariens und Rumäniens und der Tschechoslowakei. Und schließlich: Nach der festen Einbindung der beiden deutschen Teile in jeweils getrennte Militär- und Wirtschaftsorganisationen weckt auch das deutsche Problem keine motivierende Beunruhigung mehr.

Es weckt fast keine Beunruhigung mehr: »Die deutsche Frage ist wieder da«, schrieb der angesehene französische Politikwissenschaftler Pierre Hassner 1982. Die Initiative des französischen Staatspräsidenten zur Belebung und Verstärkung der westeuropäischen Union (WEU), eines Militärbündnisses von sieben europäischen Staaten mit durchaus festeren gegenseitigen Verpflichtungen, als sie innerhalb der NATO bestehen, hat auch etwas zu tun mit Diskussionen in der deutschen Öffentlichkeit über einen möglichen Austritt aus der NATO, über ein Aussteigen aus der westlichen Sicherheitsgemeinschaft, über die Neutralisierung des einen oder der beiden deutschen Staaten.

Wer die deutsche Frage als europäische Frage ernst nimmt, beobachtet in der letzten Zeit in unseren Nachbarländern »nervöse« Reaktionen auf bestimmte Vorgänge der deutschen Politik. Diese Reaktionen sind in der Sache unberechtigt. Sie sind Mißverständnisse deutscher Absichten und deutschen Verhaltens. Aber es sind symptomatische Mißverständnisse.

Ein Beispiel: Die sehr zurückhaltende deutsche Reaktion auf die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 hat bei manchen unserer französischen und vielen unserer italienischen Partner und Freunde den Verdacht ausgelöst, die Deutschen wollten sich — wieder einmal — mit den Russen auf Kosten der polnischen Freiheit verständigen. Ein anderes Beispiel: Der Milliardenkredit an die DDR und der beabsichtigte Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik hat in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten zu Interpretationen und Kommentaren geführt, aus denen der sensible Beobachter die Besorgnis erkennen konnte, all dies zielt unmittelbar auf die Überwindung der Teilung Deutschlands, und die Deutschen glaubten, wie die »New York Times« am 13. August 1984 unterstellte, »einen Weg gefunden zu haben, die Supermächte vorsichtig zu umgehen.«

Daß es solche Mißverständnisse gibt, hat mit einer in Deutschland wieder entstehenden Neigung zu tun, sich in Mythen zu verlieren, sich der Gegenaufklärung zu verschreiben, sich deutschen Unbedingtheiten hinzugeben. Ich will — heute noch vereinzelte — Reaktionen in Frankreich, aber auch in Großbritannien, in den Niederlanden und Italien nicht zu einer akuten Besorgnis der dortigen Öffentlichkeit und Politik dramatisieren. Zu der deutschen Frage, die an uns gestellt wird, gehört aber auch daß wir uns bewußt sind: Im westeuropäischen Ausland werden die deutsche Friedensbewegung und die Grünen als tendenziell neutralistisch und als tendenziell integrationsfeindlich angesehen. Seit dem Hamburger Kongreß der Grünen wissen wir, daß eine solche Interpretation, zumindest was die Funktionäre der Grünen anlangt, nicht falsch ist. Ein National-Neutralismus in Deutschland wird von unseren europäischen Partnern weniger als Beitrag zur Sicherung des Friedens verstanden — auch dann nicht, wenn er so gemeint ist —, sondern eher als Rückkehr auf einen deutschen Sonderweg zu alten deutschen Unbedingtheiten, Irrationalitäten und Unberechenbarkeiten.

Ich halte es für richtig und für notwendig, daß die Deutschen in der DDR und die Deutschen in der Bundesrepublik zu sich selbst finden. Auch unsere Nachbarn erwarten das von uns. Dazu gehört gewiß nicht allein, aber doch auch, die Besinnung auf Heimat, Volk und Nation, auf Staat und Selbstbestimmung. Diese Kategorien sind nicht schon deswegen für alle Zeiten diskreditiert und für Deutsche nicht verwendbar, weil nationalsozialistische Verbrecher und deutsche Hybris sie mißbraucht und verstümmelt haben. Unsere Nachbarn mit ihrer erleb-

ten und gelernten Geschichte entdecken aber im Klang dieser Worte sensibler als wir und schneller bedrohliche Untertöne. Für sie bleibt Heinrich Heine aktuell: »Nie sind die Deutschen so außer sich, als wenn sie ganz bei sich sind.«

Die Deutschen in Europa

Das heißt keineswegs, daß wir deutsche Gemeinsamkeiten leugnen oder auflösen müßten. Auch vor dem Hintergrund der europäischen Gegenwart ist deutsche Politik keineswegs nur als Vasallenpolitik denkbar, dazu verdammt, ohne eigene Perspektive den Windungen und Wendungen der jeweiligen Supermacht nachzukriechen.

Nichts in der Geschichte ist von Dauer. (Die Franzosen wissen allerdings: »Rien ne dure que le provisoire.«) Auch die aus dem vom Hitler-Faschismus verbrecherisch vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieg entstandene Teilung Europas an der heutigen Linie zwischen Lübeck und Triest wird nicht ewig dauern. Auch der Kreml hat das perpetuum mobile der Geschichte noch nicht erfunden. Dennoch ist der Satz, daß Europa in fünfzig oder hundert Jahren nicht so aussehen wird, wie es heute aussieht, ebenso richtig wie nichtssagend.

Wenn sich die Lage in Europa verändert, dann nicht auf ein Abziehbild des Europas der zwanziger Jahre hin, so als habe es 1938 nicht gegeben und 1939 nicht, 1941 und 1945 auch nicht. Davon träumen, heißt sich vorstellen, nach dem Dreißigjährigen Krieg hätte es die Möglichkeit gegeben, das Stauffer-Reich wiederherzustellen, oder nach den napoleonischen Kriegen den Flickenteppich der deutschen Kleinstaaterei von 1648, oder nach dem im Namen des Nationalprinzips geführten Ersten Weltkriegs sei die Wiederherstellung des Vielvölkerstaates der Donau-Monarchie eine realistische Perspektive gewesen.

Mit dem Blick auf die ehemals deutschen Ostgebiete wird gesagt, Frankreich habe Elsaß-Lothringen nach 48 Jahren zurückgewonnen, indem es »nie davon sprach und immer daran dachte.« Obwohl in Elsaß-Lothringen weiterhin Menschen lebten, die französisch fühlten, dachten, handelten, wäre Elsaß-Lothringen ohne den Ersten Weltkrieg mit seinen Millionen Toten immer noch deutsch. Die Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen dagegen flüchteten oder wurden vertrieben. Wer dennoch die Parallele zu Elsaß-Lothringen zieht, muß wissen, daß er sie bis zum Kriege zieht. Polen, so heißt es, habe nach mehr als 150 Jahren seine staatliche Einheit zurückgewonnen. Das stimmt. Es gelang aber erst, nachdem der europäische Kontinent in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges und Rußland in die bolschewistische Revolution gestürzt waren. Eine weitere Katastrophe in Europa, auch wenn sie nicht wegen der Deutschen ausbricht, wird nicht die Einheit Deutschlands als gewolltes oder zufälliges Ergebnis haben, sondern die physische Vernichtung unseres ganzen Volkes.

Für die Politik unseres Landes, für die Bundesrepublik Deutschland, den einen Staat auf deutschem Boden, ergeben sich daraus drei Folgerungen:

1. Konfrontation abbauen, zuallererst zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus muß sich der eine wie der andere deutsche Staat in seinem jeweiligen Bündnis statt auf Konfliktverschärfung für Konfliktminderung einsetzen. Je geringer die Spannung zwischen den Blöcken, desto größer der Spielraum ihrer Mitglieder. Ihn zu vergrößern, liegt im Interesse unseres deutschen Staates, es liegt auch im Interesse der anderen.

Für diese nationale Politik können wir Bundesgenossen gewinnen. Sie liegt auch im Interesse der anderen europäischen Völker. Es gibt in Belgien und in den Niederlanden, in Frankreich, auch in Großbritannien, ein europäisches Verständnis von den Beziehungen zwischen Mäch-

ten, das sich vom amerikanischen Schwarz-Weiß-Denken unterscheidet. Rumänien, Ungarn achten auf Differenzierung in ihrem Bereich. Die lange europäische Geschichte hat uns alle gelehrt, daß es das absolut Gute und das absolut Böse, das in jedem Fall Richtige und das in jedem Fall Falsche nicht gibt. Die europäischen Völker wissen, daß europäische Politik ein Konzert ist und keine Solo-Arie. Ihr Ohr ist für Zwischentöne geöffnet und ihr Auge an gedämpfte Farben gewöhnt. Das aber ist eine Voraussetzung für eine friedliche gemeinsame Zukunft der vielen verschiedenen Völker auf unserem schwierigen Kontinent. Um sie zu gewinnen, muß deutsche Politik europäische Eigenständigkeit entwickeln helfen und das Gewicht Westeuropas im Bündnis verstärken.

2. Von der Konfliktminderung zur Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa: Vor allem die Deutschen müssen sie fördern, verbreitern und vertiefen. Gerade sie müssen die Felder der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ausbauen, neue, zum Beispiel im Umweltschutz, erschließen. Das kann neue Verbindungen schaffen, aus denen feste Beziehungen wachsen. Die »raison d'être« der westeuropäischen Integration nach dem Kriege war es, die Verbundenheit der europäischen Völker durch Zusammenarbeit herzustellen und den Frieden durch Verflechtung, durch Schaffung von Gemeinsamkeiten zu sichern. Nicht die Form, aber das Prinzip kann für die Erhaltung des Friedens in ganz Europa angewandt werden. Dafür die westeuropäischen Partner zum Mitmachen zu gewinnen, ist die Aufgabe bundesdeutscher Politik in Europa.

Das hat nichts mit einer häufig beschworenen, aber nur sogenannten europäischen Identität zu tun. Europa ist mehr als die Gemeinschaft der Zehn. Schärfer als andere müssen gerade die Deutschen darauf sehen, daß die Europäische Gemeinschaft nicht das ganze Europa ist und nicht beanspruchen darf, das ganze zu sein. Die Spaltung unseres Kontinents wird nie durch Anschluß der Länder Ost- und Mitteleuropas an die Europäische Gemeinschaft überwunden werden.

Eine gesamteuropäische Identität kann die Europäische Gemeinschaft nicht entwickeln, aber westeuropäische Interessen kann sie definieren. Wenn sie dies tut, kann sie trotz aller Widrigkeiten und Widersprüche, trotz aller Kräche und Krisen zum Sprecher europäischer Interessen werden. Sie kann dann nicht nur einen Rahmen für eine den Europäern und gerade den Deutschen angemessene Bewältigung der neuen Probleme aus Wirtschaft und Technik, für einen behutsamen Umgang mit der Natur und ihren Reichtümern, für eine Beteiligung der Betroffenen an den Entscheidungen bieten, der europäischer Differenzierung und Vielfalt gerecht wird und ihre neuen Raum schafft. Sie kann zum Kern einer Ordnung des Friedens werden, die die europäischen Völker in verantwortlicher Selbstbestimmung gestalten. Sie wird damit auf alle ausstrahlen, die sich auf unserem Kontinent als Europäer fühlen. Und sie wird die deutsche Frage aufheben.

3. Natürlich gibt es eine gesamtdeutsche Identität längst nicht mehr. Aber noch auf viele Jahrzehnte hin ist eine »bundesdeutsche« Identität nicht denkbar ohne das politische, kulturelle und gesellschaftliche Erbe Preußens und Sachsens. Und auch eine DDR-Identität wird trotz aller Bemühungen um Luther und Bismarck, Wartburg und Semper-Oper nicht ohne die Hansestädte, ohne Bayern und Württemberg gedacht werden können. Deutsche Politik muß deutsche Gemeinsamkeiten bewahren. Dafür hat die Politik der Bundesregierungen Brandt und Schmidt die Voraussetzungen geschaffen bis in alle Nischen des ökonomisch und verfassungsrechtlich Möglichen. Deutsche Gemeinsamkeiten werden nicht durch die Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft aufgegeben, sondern durch Abschottung der Menschen. Alles, was die Deutschen gemeinsam neu beginnen, bewahrt auch alte Gemeinsamkeiten.

Auch ohne die staatliche Einheit gibt es eine gemeinsame Verantwortung der Deutschen. Dazu gehört die Berechenbarkeit deutscher Politiker. Wir müssen unseren Nachbarn im Osten wie im Westen jede Sorge vor einem deutschen Sonderweg, vor einem Rückfall in deutsche Maßlosigkeit nehmen. Nur durch Berechenbarkeit läßt sich das Vertrauen bei unseren Partnern gewinnen, daß alle Veränderungen in Europa, die die Zukunft bereithalten mag, nicht belastet werden mit einer sogenannten deutschen Frage.

Wir wollen die Spaltung Europas überwinden helfen, weil das auf die Dauer der Sicherung des Friedens auf unserem Kontinent mehr dient als das waffenstarrende unmittelbare Gegenüber der beiden Weltmächte. Das können wir nur mit unseren europäischen Nachbarn im Osten, aber auch im Westen erreichen, niemals gegen sie. In einer Zeit, in der auf deutschem Boden in Ost und West immer mehr und mehr gefährlichere Atomwaffen angehäuft werden, in der »pax atomica«, darf weder die eine noch die andere Seite politische Entwicklungen »naturwüchsig« werden lassen. Jede Bewegung muß noch vorsichtiger und sorgfältiger kalkuliert und abgesichert werden, als es in vergangenen Jahrhunderten schon nötig gewesen wäre. Das heißt nicht, daß wir zur Tatenlosigkeit oder Bewegungslosigkeit verdammt seien. Das heißt aber, daß wir unsere Bewegungen im Einklang und nicht im Mißklang mit den anderen tun müssen. Das heißt nicht, daß es uns nicht gestattet ist, eigene Interessen zu vertreten, sondern das heißt, daß wir die letzten sind, die dabei gemeinsame Regeln verletzen dürfen.

Wenn es den Deutschen Ernst ist mit dem Satz, von deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen, dann ist es ihnen verboten, die deutsche Frage im Geiste der Vergangenheit zu stellen, sei es in dem des 19. Jahrhunderts, der Zwischenkriegszeit oder der fünfziger Jahre. Auf die alten deutschen Fragen werden sie von Europa auch die alten europäischen Antworten erhalten. Es ist ihnen aber geboten, sich mit Zuversicht auf die Zeit einzustellen, in der die Frage nach der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung auch der Deutschen in Europa eine neue Antwort erheischt.